



Suchergebnisse: Arbeitslose

1819 – Die Auer drängen auf die Eingemeindung

Vorstadt Au - München * Die Handwerker und die häufig arbeitslosen Tagelöhner der Au drängen auf die Eingemeindung. In einem Gutachten des Münchner Magistrats heißt es dazu: „Der Gewerbemann der Vorstadt Au hat seine Kundschaft und seinen Markt nicht auf seinem Wohnplatz, sondern in München. Was sollen Schuhmacher und Schneider in einer Gemeinde mit 7.000 Köpfen, von denen zwei Drittel im Sommer mit bloßen Füßen gehen und sich in Lumpen kleiden.“

August 1819 – Judenverfolgung inden fränkischen Landesteilen

Franken - Würzburg * Kurz nachdem König Max I. Joseph den Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels genehmigt hat, kommt es in den fränkischen Landesteilen zu schweren Judenverfolgungen, „die vor allem in Würzburg das Maß des seit Jahrhunderten Dagewesenen überschritten. [...] Arbeitslose, Handwerksburschen, verschuldete Bauern und Bürger stürmten die Häuser der Juden. Synagogen wurden in Brand gesteckt“. Die Übergriffe auf die jüdischen Mitbürger dauern - mit Unterbrechungen - bis ins Jahr 1822 hinein an.

Oktober 1890 – Friedrich von Bodelschwingh und die Brockensammlung

Bielefeld-Bethel * Friedrich von Bodelschwingh verfasst den Aufruf: „Sammelt die übrigen Brocken, auf dass nichts umkomme.“ Dieser Satz wird später zum Leitspruch der Brockensammlung. Mit dieser neuartigen Form einer Sozialeinrichtung verfolgt Bodelschwingh ein doppeltes Ziel: Zum einen sollen durch das Einsammeln und Wiederaufbereiten beschädigter oder nicht mehr benötigter Haushaltsgegenstände arbeitslose und erwerbsbeschränkte Menschen sinnvoll beschäftigt werden. Zum anderen sollen hilfsbedürftige Personen Zugang zu günstigen Gebrauchsgegenständen erhalten.

1891 – Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet das Brockenhaus

Bethel - Berlin * Der evangelische Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet in Bethel und



Berlin ein sogenanntes Brockenhaus. Mit dieser neuen Form einer Sozialeinrichtung will Bodelschwingh durch die Abholung und Verarbeitung schadhafter oder im Haushalt nicht mehr verwendeter Gegenstände arbeitslosen und erwerbsbeschränkten Personen Beschäftigung verschaffen und gleichzeitig Hilfsbedürftigen billige Gebrauchsgegenstände vermitteln. Die Idee setzt sich rasch durch und schon bald darauf arbeiteten die Brockenhäuser in allen größeren Städten Deutschlands.

1898 – Das Münchner Arbeitsamt vermittelt Arbeitsplätze

München-Isarvorstadt * Das Münchner Arbeitsamt ist die Hauptvermittlungsstelle für die Bezirke Oberbayern, Schwaben und Neuburg. Seine Hauptaufgabe ist, möglichst viele am Münchner Arbeitsmarkt gemeldete Arbeitslose auf das Land zu vermitteln. Doch für die Landbevölkerung stellt das Leben in der Stadt die wünschenswertere Perspektive dar, weshalb die meisten Zuzügler nicht zur Rückkehr zu bewegen sind. Deshalb bietet man diesen Arbeitern und Dienstboten nur mehr landwirtschaftliche Stellen an. Die anderen Stellenangebote werden dagegen nur den Münchnern vorgelegt.

12. Januar 1912 – Arbeitslosen-Demonstration vor dem Rathaus

München-Graggenau * 1.500 Arbeitslose demonstrieren vor dem Münchner Rathaus.

Februar 1912 – Arbeitslosen-Demonstrationen am Gasteig

München-Au - München-Haidhausen * Im Münchner-Kindl-Keller und im Eberl-Bräukeller finden in den Faschingswochen „Arbeitslosen-Massenveranstaltungen“ statt.

30. April 1914 – Eine Sammlung zugunsten der Arbeitslosen

München * In München findet eine großangelegte Sammlung zugunsten der Arbeitslosen statt.

22. August 1914 – Stets überfüllte Straßenbahnwagons



München * Der „Münchner Stadtanzeiger“ berichtet Folgendes: „Der verkürzte Straßenbahnbetrieb macht sich stark fühlbar. Auch tagsüber sind infolge der größeren Wagenabstände die Wagen stets überfüllt. Das Einstellen von Frauen als Schaffner wurde seitens des Magistrats abgelehnt, weil man ein Überangebot an arbeitslosen Männern hat.“ Das ist freilich noch zu einer Zeit, als die deutsche Bevölkerung ernsthaft daran glaubt, dass der Krieg bis Weihnachten 1914 beendet ist.

30. Oktober 1914 – Ein Arbeitsausschuss für Arbeitslosenfürsorge wird eingerichtet

München * Die städtischen Kollegien sehen sich gezwungen, einen Arbeitsausschuss für Arbeitslosenfürsorge einzurichten.

13. Oktober 1918 – Weitreichende Forderungen der bayerischen SPD

München-Au * Auf dem Münchner Parteitag der SPD im Franziskaner-Keller an der Hochstraße forderte der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, die Abdankung des Kaisers. Unterstützung erhält er von dem Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Ernst Schneppenhorst, der gleichzeitig auch den Rücktritt des bayerischen Königs Ludwig III. fordert. Erhard Auer versucht dagegen seine Parteigenossen zu beschwichtigen und plädiert zum Abwarten, bis die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel auf legalem Weg. Abschließend beschließt der Parteitag die Abschaffung der Monarchie, die Einführung des Acht-Stunden-Tages, das Wahlrecht für beiderlei Geschlecht und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Landesparteitag fordert aber auch die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

6. November 1918 – Erhard Auer spricht zum Thema: Was wollen wir Sozialdemokraten?

München-Au * Im Franziskanerkeller spricht der SPD-Reichstagskandidat Erhard Auer zum Thema „Was wollen wir Sozialdemokraten“ und fordert die Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, die Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung, die Änderung des Mannschaftsbeschwerdegesetzes, eine Arbeitslosenversicherung und den Achtstundentag. Die Anwendung von Gewalt lehnt er ab.



7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

26. November 1918 – Der Münchner Magistrat beschließt ein Arbeitslosenfürsorgeprogramm

München-Graggenau * Der Münchner Magistrat beschließt ein Arbeitslosenfürsorgeprogramm.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen: „Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, [...] dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden musste. Wir haben [...] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, [...] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“



30. Dezember 1918 – Demonstration zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

München * Vor dem Ministerium für soziale Fürsorge demonstrieren Arbeitslose für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

7. Januar 1919 – Arbeitslosen-Demonstration auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * In der ersten Januarwoche ist die Zahl der Arbeitslosen dramatisch - auf 40.000 - angestiegen. Auf der Theresienwiese beginnt um 15 Uhr eine Arbeitslosen-Demonstration mit rund 4.000 Teilnehmern.

7. Januar 1919 – 3 Tote und 8 Verletzte nach einer Arbeitslosen-Demonstration

München-Kreuzviertel * Gegen 15:30 Uhr bewegt sich der Demonstrationzug zum Ministerium für Soziale Fürsorge am Promenadeplatz, wo eine Delegation Minister Hans Unterleitner ihre Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorträgt. Als gegen 17 Uhr noch immer keine Zusagen vorliegen, überrennt die Menge die Wache und stürmt das Gebäude. Nun kann aber - trotz verschiedener Zusagen - die tobende Menge nicht mehr beruhigt werden. Um 18 Uhr rückt die Militärische Sicherheitswache und die Republikanische Schutztruppe mit scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Drei Tote und acht Schwerverletzte bleiben zurück.

1. Februar 1919 – Die Zahl der Arbeitslosen steigt auf 38.022

München * Die Zahl der Arbeitslosen ist in München im Verlauf der vergangenen Woche von 33.767 auf 38.022 gestiegen.

8. Februar 1919 – Zahl der Arbeitslosen auf Rekordmarke gestiegen

München * Die Zahl der Arbeitslosen ist in München um über 2.200 von 38.022 auf die Rekordmarke von 40.228 gestiegen. Gleichzeitig hat die ausbezahlte Unterstützung von 1.475.000 auf 1.310.000 Mark abgenommen.

15. Februar 1919 – Die Zahl der Arbeitslosen ist erstmals gesunken



München * Die Zahl der Arbeitslosen ist in der abgelaufenen Woche von 40.228 auf 38.633 gesunken. Das sind 6,5 beziehungsweise 6,2 Prozent der Münchner Gesamtbevölkerung.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flüchen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei



stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen



unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen könnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

1. April 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird herabgesetzt

München * Die bayerische Landeshauptstadt liegt unter einer Schneedecke von 40 Zentimetern.

Die Arbeitslosenquote liegt konstant bei über 30.000, die Kohlenvorräte sind aufgebraucht, die Energiezufuhr stockt, der Preis für einen Trambahn-Fahrschein wird von 15 auf 20 Pfennige erhöht, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch ist nicht mehr gewährleistet, weil sich immer mehr Bauern weigern, in die von Unruhe erfüllte Stadt zu fahren. Die wöchentliche Fleischration wird von 300 Gramm auf 250 Gramm herabgesetzt. Schwerstarbeiter erhalten auch weiterhin eine Zulage von 120 Gramm Wurst. Was blüht ist der Schwarzmarkt. Die Waren gibt's dort im



Überfluss, aber halt zu entsprechend hohen Preisen. Der neu ernannte Staatskommissar für Ernährungswesen, Johann Wutzelhofer vom Bayerischen Bauernbund- BBB, stellt sein Programm vor.

3. April 1919 – Protestversammlung der Erwerbslosen

München-Au * Die Erwerbslosen protestieren in einer Versammlung im Münchner-Kindl-Keller gegen die Preissteigerungen von Brennmaterial und die am 1. April vorgenommene Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise. Sie stellen weitreichende Forderungen an die Regierung Hoffmann. Sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden, „so wären die Erwerbslosen Münchens zur Selbsthilfe gezwungen“.

9. April 1919 – Die Rote Armee wird gegründet

München * Der Zentralratsvorsitzende Ernst Toller gründet nach russischem und ungarischem Vorbild eine schlagkräftige Rote Armee. Jeder Angehörige der Roten Armee erhält bei freier Verpflegung, Unterkunft und Kleidung eine Tageslöhnung von 7.- Mark. Verheiratete (Selbstverpfleger) erhalten zusätzlich 7,50 Mark. Eintretende Erwerbslose haben nach dem Austritt aus der Roten Armee Anspruch auf Arbeitslosenfürsorge.

10. April 1919 – Einstellungsbeginn für die Rote Armee

München-Schwabing * Um 10 Uhr beginnt im Städtischen Wehramt an der Winzererstraße die Werbung für die Rote Armee der Räterepublik Baiern. Es melden sich zwar viele Freiwillige, dennoch ist fraglich, ob ein derart zusammen gewürfeltes und mangelhaft ausgerüstetes Heer, das nur wenige Offiziere aufweist, den gut organisierten Reichswehr- und Freikorpstruppen standhalten kann. Jeder Angehörige der Roten Armee erhält bei freier Verpflegung, Unterkunft und Kleidung eine Tageslöhnung von 7.- Mark. Verheiratete (Selbstverpfleger) erhalten zusätzlich 7,50 Mark. Eintretende Erwerbslose haben nach dem Austritt aus der Roten Armee Anspruch auf Arbeitslosenfürsorge.

12. September 1919 – Adolf Hitler als Reichswehr-Spitzel im Sterneckerbräu

München-Angerviertel * Der arbeitslose Gefreite Adolf Hitler erhält von Hauptmann Karl Mayr den



Befehl, als Spitzel der Reichswehr eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei - DAP im Sterneckerbräu im Tal zu besuchen, Informationen zu sammeln und Kontakt mit der Partei aufzunehmen. Die neue Partei gehört zwar der völkischen Bewegung an, doch der Namensteil Arbeiter lässt in nationalistischen Kreisen Verdacht aufkommen. Auf der Versammlung referiert Gottfried Feder im Leiberzimmer über das Thema: „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?“. Feder ist Mitglied der Thule-Gesellschaft und steigt später zum Parteiideologen der NSDAP auf. Anwesend sind 43 Personen, darunter als Begleiter Hitlers der Feldwebel Alois Grillmeier und zwei Propagandamänner des Gruko. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko, das unter der Führung des Generalmajors Arnold von Möhl steht. Als am Ende der Diskussion ein Teilnehmer bemerkt, dass sich Bayern vom Reich lösen sollte, schreitet Adolf Hitler ein. Noch am gleichen Abend bietet ihm der DAP-Vorsitzende Anton Drexler den Parteieintritt an.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinsplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrats-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“

23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinsplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinsplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein



Platz nach einem Juden benannt werden. Schüle in war Hauptaktionär und Aufsichtsrats-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schüle in dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schüle in nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

1983 – Hans Schuierer ändert seine Haltung zur WAA

Wackersdorf * Landrat Hans Schuierer steht der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage zunächst nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Der Landkreis Schwandorf leidet unter einer der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands. Der Braunkohleabbau ist beendet, und auch der Maxhütte droht die Schließung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die von der DWK versprochenen 3.600 Arbeitsplätze als große wirtschaftliche Chance für die Region. Mit zunehmender Beschäftigung mit dem Projekt ändert Schuierer seine Haltung und wird zu einem entschiedenen Gegner der Anlage. Ausschlaggebend sind unter anderem Informationen über radioaktive Ableitungen, Atomtransporte, mögliche Gefahren für das Wasser und den geplanten rund 200 Meter hohen Abluftkamin. Dieser soll radioaktive Stoffe in großer Höhe ableiten und weiträumig verteilen.
